

Postulat Fraktion BDP/CVP (Henri-Charles Beuchat, CVP): Finanzhaushalt entlasten – Sponsoring für Grünanlagen und Blumenschmuck in der Stadt Bern fördern

Der Gemeinderat wird aufgefordert folgende Massnahmen zu prüfen und darzulegen:

1. Einführung des Angebotes für Sponsoring im Bereich der Grünflächen und Grünanlagen.
2. Ausweitung und Förderung des Angebotes für Sponsoring im Bereich Blumenschmuck der Stadt Bern (Geranien, Blumentöpfe usw.)
3. Geeignete Fremdfinanzierung für Grünanlagen durch Dritte mittels Werbefläche.

In den letzten Jahren konnte die Stadt Bern immer wieder von privatem Engagement profitieren. Denken wir beispielsweise an den Weihnachtsbaum auf dem Bundesplatz, oder die Baum-Spenden an die Stadtgärtnerei. Auch die Pflastersteine für den Bärenpark sind in der Bevölkerung sehr beliebt. Der Gemeinderat soll prüfen, ob sich dieses Konzept auch bei Grünanlagen oder dem Blumenschmuck umsetzen lässt.

Der Blumenschmuck und die Anzahl Laufmeter an Geranienbesmückung in der Stadt Bern wurden im Budget 2008 drastisch gekürzt. Ein schönes Bern verdient auch Blumenpracht zur Freude der Augen. Mit diesem Postulat würde die Grundlage geschaffen, damit die Stadt Bern, ohne Kostenfolge wieder die gleiche Anzahl Laufmeter an Geranien-Kistli platzieren könnte.

Es stellt sich die Frage, warum Bern nicht regelmässig für die Gestaltung von Grünanlagen und die Besmückung der Stadt Sponsoren sucht. In anderen Städten wird die Gestaltung und dauerhafte Pflege von Grünflächen ausgeschrieben. Dabei können auch Rahmenbedingungen definiert werden.

So könnten beispielsweise Kreisel durch Private beworben werden. Bei der Bewerbung ist ein Vorschlag für die Grüngestaltung des Kreisels vorzulegen die sowohl stadtgestalterisch als auch verkehrstechnisch der Situation angepasst sein muss. Neben einem Konzept für die zukünftige Pflege sollte die Planung darüber hinaus einen Vorschlag für die zu platzierende Werbung beinhalten.

Bern, 29. Januar 2009

Postulat Fraktion BDP/CVP (Henri-Charles Beuchat, CVP), Claudia Meier, Thomas Begert, Vinzenz Bartlome, Vania Kohli, Martin Schneider, Erich J. Hess, Jimy Hofer, Peter Bühler

Antwort des Gemeinderats

Der öffentliche Raum ist ein wichtiger Bestandteil der Lebensqualität und erfreut sich bei vielen Bevölkerungsgruppen zunehmender Beliebtheit. Er wird als Flanierraum, Durchgangsraum, Treffpunkt, Aufenthaltsort und Veranstaltungsraum genutzt. Aneignung, Nutzung, Gestaltung und Wahrnehmung des öffentlichen Raums sind vielfältig und zum Teil auch widersprüchlich geworden. Durch den sozialen Wandel, sich schnell verändernde Ansprüche und Trends sowie neue Formen räumlicher Nutzungen wird das Management öffentlicher Räume zu einer anspruchsvollen Aufgabe. Neben der Lösung von Nutzungskonflikten und Problemen

wie Littering, Ruhestörung und Unsicherheit gilt es, bedarfsgerechte Angebote zu schaffen und eine hohe Standortqualität zu gewährleisten. Sponsoring im öffentlichen Raum steht in diesem Spannungsfeld.

Eine besondere Funktion kommt dabei den städtischen Grün- und Parkanlagen zu. Sie sind wichtige Naherholungsgebiete für die städtische Bevölkerung und tragen wesentlich zur Attraktivität der Stadt Bern bei. Bestandteil ihrer Attraktivität ist eine gute Mischung aus intensiver und zurückhaltender Nutzung. Dieser Ansatz verträgt sich nach Auffassung des Gemeinderats nur schlecht mit den Grundanliegen des Sponsorings, welches per se eine gewisse Aufmerksamkeit erheischen will. Aus diesem Grund steht er einem Sponsoring von Grün- und Parkanlagen aus grundsätzlichen Überlegungen ablehnend gegenüber.

In anderen Bereichen wie beispielsweise bei Baumpatenschaften oder Blumenschalen lebt die Stadtgärtnerei hingegen dem Anliegen des Vorstosses bereits nach. Obwohl dabei bewusst auf eine aggressive Werbung verzichtet und der Name des Sponsors nur diskret aufgezeigt wird, besteht für solches Sponsoring eine spürbare Nachfrage. In diesem Bereich ist der Gemeinderat auch bereit, einen massvollen Ausbau der entsprechenden Angebote zu prüfen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 24. Juni 2009

Der Gemeinderat